

# vbb magazin

11

November 2019 • 58. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte  
Zeitschrift des Verbandes  
der Beamten der Bundeswehr



## XVI. Bundesvertretertag 2019

Postvertriebsstück • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

Seite 18 <

Erster Aufschlag

Seite 19 <

Privatisierungspläne  
der drei Werke der  
HIL vom Tisch





## &gt; Editorial



© Jan Brenner / dbb

liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitglieder,

ein herzliches Willkommen zum XVI. Bundesvertretertag des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) in der Bundeshauptstadt Berlin.

Mit der Entscheidung der Delegierten des XV. Bundesvertretertages 2014, den Turnus des Beamtenparlaments um ein Jahr zu verlängern, blicken wir nunmehr auf fünf Jahre erfolgreiche Verbandspolitik zurück. Fünf Jahre, die auch voller Veränderungen in Organisation und Verwaltungsabläufen gewesen sind. Dabei stellen wir fest, dass diese Veränderungen mit nie gekannter Rasanz sowohl die Gesellschaft, die Arbeitswelt und folglich auch unseren beruflichen Alltag prägen. Wer von Ihnen hat noch Zeit, Grundsätzliches zu diskutieren, Strategien für Verwaltungshandeln zu entwickeln? Da hilft auch der Hinweis nicht weiter, auch in der Arbeitswelt der Bundeswehr spiegeln sich nur die Situation in der Gesellschaft. Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) hat – wie in den Jahrzehnten zuvor – die Anforderungen an

eine qualifizierte Verbandsarbeit trotz vielfältiger Veränderungen in der Bundeswehr angenommen und Lösungen nicht nur aufgezeigt, sondern durch Gespräche mit Politik und dem Verteidigungsministerium zu einem überzeugenden Abschluss bringen können. Als Beispiel hierfür dient zweifelsohne die Bündelung der Dienstposten im gehobenen Dienst. In der Amtszeit der Bundesministerin der Verteidigung a. D., Frau Dr. Ursula von der Leyen, im Rahmen der Agenda Attraktivität unter der Überschrift „Karriere am Ort“ zuerst nur für Soldatinnen und Soldaten vorgesehen, konnte der VBB in einer Vielzahl von Gesprächen ein Äquivalent für die Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Dienstes erreichen. Mit diesem verbandlichen Erfolg schließt sich der Kreis zentraler Forderungen vergangener Bundesvertretertage nach einer organisatorisch unterlegten mittleren Laufbahnerwartung für den mittleren und gehobenen Dienst. Begleitet durch eine hervorragende Planstellenausstattung in den vergangenen Jahren sind Wartezeiten derzeit auf das laufbahnrechtliche Minimum gesunken. Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass die berechtigten Forderungen unseres Verbandes ohne die zuständigen Stellen des Ressortbereiches keine Umsetzung finden würden. Auch deshalb gebührt der Dank allen jeweils beteiligten Fachabteilungen und nicht zuletzt der Abteilung Haushalt und Controlling für die vielen konstruktiven Gespräche, die letzten Endes diese Erfolge erst ermöglicht haben. Neben den ebenfalls unter maßgeblicher Beteiligung unseres Verbandes erfolgten strukturellen und finanziellen Verbesserungen im Sozialdienst und der Bundeswehrfeuerwehr – hier im Besonderen bei der Zulagenregelung – sowie den besoldungsrechtlichen Weichenstellungen im Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz waren die letzten Jahre auch durch die Sorge um die Zukunft des

## &gt; Impressum

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 32,00 € zzgl. 6,00 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,60 € zzgl. 1,30 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, MediCenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediCenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60 (dbb magazin) und Preisliste 44 (vbb magazin),** gültig ab 1.10.2018. **Druckauflage:** dbb magazin: 589 649 (IVW 2/2019). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

## &gt; vbb

- > Grußworte von führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland 4
- > Erster Aufschlag 18
- > Privatisierungspläne für die drei Werke der Heeresinstandsetzungslogistik (HIL) vom Tisch 19
- > Deutscher BundeswehrVerband will weniger Beamte in der Bundeswehr 19
- > Wilhelmshaven – Aus Tradition im Wandel 20
- > Wandzeitung 20
- > Vorschriftenkonform 21
- > 1. Ideencampus der dbb jugend zum Thema „Let's get digital“ 22
- > Leserbrief 22
- > Aus unseren Bereichen und Landesverbänden 23
- > Personalnachrichten 27



Weitere Informationen zum VBB finden Sie auch online.

Besuchen Sie uns unter:

[www.vbb-bund.de](http://www.vbb-bund.de)

[www.facebook.com/vbb.bund](https://www.facebook.com/vbb.bund)



Find us on Facebook



Der VBB ist nun auch bei Twitter vertreten



## &gt; dbb

- > Anhörung im Bundestag: Besoldungsstruktur wird verbessert 28
- > Arbeiten im öffentlichen Dienst: Nicht nur Geld entscheidend 28
- > Moderne Arbeitswelt: Digital arbeiten – immer und überall? 29
- > frauen  
Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung 31
- > senioren  
5. Seniorenpolitische Fachtagung des dbb: Wohnen im Alter standpunkt 33
- > Wieviel Inklusion ist wirklich gewollt? arbeitnehmerrechte 35
- > dbb akademie 38
- > Zukunft der Arbeit  
Flexibilität und Sicherheit zusammen denken 40
- > nachrichten  
Schutz von Whistleblowern vorgestellt 41
- > Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 42
- > interview  
Bertram Hörauf, Vorsitzender des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) 46

Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAIN-Bw) geprägt. Wie schon in der Zeit unseres damaligen Bundesvorsitzenden Thorolf Schulte war auch jetzt unser Verband erneut gefordert, für den Erhalt eines Teilbereiches der in Art. 87 b des Grundgesetzes normierten eigenständigen Bundeswehrverwaltung zu kämpfen. Gemeinsam mit den Interessenvertretungen und mit den Kolleginnen und Kollegen unseres Bereiches in Koblenz ist ein fast für unmöglich gehaltener Durchbruch um die Zukunft der Beschaffungsbehörde am Deutschen Eck gelungen. Die kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe bekannt gewordene Entscheidung der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, keine Rechtsformänderung des BAAINBw zu verfügen, begrüßt der VBB ausdrücklich. Wir betonen an dieser Stelle nochmals ausdrücklich unsere Auffassung, dass auf dem Gebiet der äußeren Sicherheit staatliches Handeln als hoheitliche Aufgabe in den Händen des öffentlichen Dienstes bleiben muss. Die Unterstützung durch Abgeordnete des Deutschen Bundestages und den artikulierten Willen, an der Behördenstruktur in Koblenz festhalten zu wollen, haben wir wahrgenommen. Dieses gilt auch für das Lob und das Vertrauen, das in der parlamentarischen Debatte um den Bundeshaushalt 2019 den Beschäftigten des Beschaffungsamtes ausgesprochen wurde. Jetzt gilt es für alle Beteiligten, die eröffneten Chancen für eine gesicherte Organisationsstruktur zu nutzen.

Viele Vorschläge des Verbandes der Beamten der Bundeswehr sind auf den Weg gebracht. Es wird zu den Aufgaben der neuen Bundesleitung gehören, deren Umsetzung einzufordern und konstruktiv kritisch zu begleiten. Dazu gehört im Besonderen eine zeitgemäße

Dienstpostenstruktur bei den Ortsdienststellen. Es ist nicht mehr akzeptabel, dass in Anbetracht ständig zunehmender Aufgaben und Erweiterungen des Zuständigkeitsbereiches die Dotierung der Dienstposten diesen Veränderungen noch nicht einmal ansatzweise Schritt gehalten hat. In Zeiten, in denen Kompaniechefs mittlerweile nach A13 bewertet sind, ist es unverständlich, Leiterinnen und Leiter von Bundeswehrdienstleistungszentren noch mit derselben Besoldungsgruppe A13 zu alimentieren. Die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben nach dem Wegfall der Wehrbereichsverwaltungen und die Ausdehnung der regionalen Zuständigkeiten müssen sich auf allen Ebenen innerhalb der Ortsdienststellen abbilden, einschließlich zusätzlicher Spitzenämter für den mittleren Dienst.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr wird sich weiter für eine gesicherte Struktur der Karrierecenter einsetzen. Hier erwarten die Beschäftigten von den verantwortlichen Entscheidungsträgern Verlässlichkeit und Kontinuität in getroffenen Entscheidungen. Dabei ist die Dienststelleneigenschaft der kleine Karrierecenter genauso von Bedeutung wie eine deutliche Veränderung bei der Besetzung der Leiterfunktion der „großen“ Karrierecenter mit Assessment. Es widerspricht dem Gedanken einer zivilen Bundeswehrverwaltung, wenn die überwiegende Zahl der Leiter mit Angehörigen der Statusgruppe der Soldaten besetzt ist.

Mit diesem unermüdlichen Einsatz für die verfassungsrechtliche normierte eigenständige Bundeswehrverwaltung hat sich der Verband auch in den vergangenen Jahren nicht nur Freunde gemacht. Von Anbeginn der Aufstellung der Streitkräfte und zuvor des zivilen Teils der Bun-

deswehr ist diese Eigenständigkeit manchen Akteuren ein Dorn im Auge. Auch bei Themen wie dem Traditionserlass oder der inneren Führung spüren wir diesen Wunsch, den Angehörigen der Bundeswehrverwaltung in größerem Umfang militärische Fürsorge zukommen zu lassen.

*Sehr geehrte Leserinnen und Leser,*

der Verband der Beamten der Bundeswehr hat sich stets den Herausforderungen an eine moderne Verwaltung gestellt. Ohne Anerkennen der Notwendigkeit, zukunftsorientiert zu denken und zu handeln, würden wir unseren satzungsgemäßen Verpflichtungen nicht gerecht werden. Doch in gleichem Maße, wie der VBB aktiv und im Interesse seiner Mitglieder bereit ist, die Zukunft zu gestalten, stehen wir aber auch mit beiden Beinen auf dem Fundament der Geschichte unseres Verbandes. Mit den Gründungsvätern Ernst *Wirmir*, Volkmar *Hopf* und vielen anderen ist diesem Verband der Beamten der Bundeswehr das Eintreten für unsere eigenständige Bundeswehrverwaltung gleichermaßen mit in die Wiege gelegt worden. Seien wir alle stolz auf unsere geschichtlichen Wurzeln. Diese Geschichte ist seit Generationen Anspruch und Verpflichtung für verbandliches Handeln. Mit dieser historischen Anbindung an unsere Gründungsväter und dem erfolgreich umgesetzten Gedanken, keine militarisierte Verwaltung in der neuen Bundeswehr zu haben, hat der Verband der Beamten der Bundeswehr auch heute noch ein Alleinstellungsmerkmal in der Gewerkschafts- und Verbändelandschaft der Bundeswehr. Keine andere Interessenvertretung, gleich ob zivil oder militärisch, setzt sich neben dem VBB für diesen Verfassungsgrundsatz ein. An diesem Leitgedanken wird sich der VBB stets orientieren.

## ► #Wir sind VBB – für das Zivilpersonal der Bundeswehr

Mit diesem Motto des XVI. Bundesvertretertages will das „Parlament“ unseres Verbandes die Türen weit aufstoßen und die Zukunft unserer Interessengemeinschaft festigen. Nach dem Beschluss des XV. Bundesvertretertages, sich auch für die tarifbeschäftigten Angehörigen der Bundeswehr zu öffnen, werden sich nach intensiven Beratungen und Beschlussfassung in Bundesleitung und Bundesvorstand des VBB nunmehr die Delegierten des Bundesvertretertages mit einer Konkretisierung dieses Öffnungsbeschlusses befassen. Gerade im Zusammenhang mit dem verbandlichen Erfolg einer Neubewertung der Dienstpostenstruktur im Sozialdienst haben wir festgestellt, dass wir durch unsere fachliche und personenbezogene Kompetenz auch im Bereich der tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen hilfreich tätig sein können.

In den kommenden Tagen sind die Delegierten des VBB aufgerufen, an die 300 Anträge in den vier Arbeitskreisen zu diskutieren und zu beschließen. Laufbahn- und Tarifrecht, Besoldungs- und Versorgungsrecht, besoldungsrechtliche Nebengebiete, Arbeitszeit und Satzungsfragen werden nach Beschlussfassung im Plenum die verbandliche Richtung für die kommenden fünf Jahre vorgeben.

Dass der Verband der Beamten der Bundeswehr dabei stets kompetent und kritisch im Parlament und dem Verteidigungsressort sowohl für die Interessen seiner Mitglieder wie auch aller zivilen Angehörigen der Bundeswehr eintreten wird – auch das ist Programm.

*Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,*

*sehr geehrte Leser und Förderer unseres Verbandes,*

mit dieser Ausgabe unseres Verbandsmagazins möchte ich mich von Ihnen allen verabschieden. Nach 26 Jahren in der Bundesleitung des Verbandes der Beamten der Bundeswehr, davon 13 Jahre als Bundesvorsitzender, werde ich wegen meines nahenden Eintritts in den Ruhestand nicht mehr für das Amt des Bundesvorsitzenden zur Verfügung stehen. Diese Entscheidung folgt der Tradition unseres

VBB, an der Spitze nur aktive Beamtinnen oder Beamte zu haben. Dieses Vorgehen ist weise und richtig.

Ich danke Dr. Götz Herrmann für seine Wegbereiterung und Thorolf Schulte für seinen Ruf in die Bundesleitung und allen, die ich aus Platzgründen nicht nennen kann, die mich während meiner Zeit als Bundesvorsitzender auf allen verbandlichen Ebenen, in Gremien und Organen begleitet und beraten haben.

Mein herzlicher Dank gilt allen Vertretern in Politik und Verwaltung, die mir und den An-

liegen unseres Verbandes einen Teil der kostbaren Zeit geschenkt haben, und für die gewährte Unterstützung.

Mein ganz besonderer Dank gilt dem VBB für die Ehre, unsere außergewöhnliche Gemeinschaft repräsentieren zu dürfen, und den unzähligen Begegnungen und Gesprächen mit Ihnen allen.

Einen ganz großen Dank allen ehemaligen und jetzigen Beschäftigten der Bundesgeschäftsstelle, vertreten durch Frau Carmen Forniol und Frau Cora Nixtatis. Ohne sie alle würde nichts gehen

und die Räder würden stillstehen.

Dem VBB – Deutschlands bester Interessenvertretung für die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr – wünsche ich für die Zukunft alles erdenklich Gute, auf Wiedersehen und Ihnen Gottes Segen.

Ad multos annos VBB

*Mit besten Wünschen*

*W*

*Wolfram Kamm*

Wolfram Kamm

# Grußworte von führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland

## Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Bundestages

„Die wachsame Bewahrung der Freiheit ist eine gemeinsame Aufgabe aller Staatsbürger“: Das erklärte Bundeskanzler Konrad Adenauer den ersten Einheiten der Bundeswehr am 20. Januar 1956. Sein Antrittsbesuch bei der Truppe fand im rheinland-pfälzischen Andernach statt. Nicht weit entfernt, rheinabwärts in Bonn, wurde am gleichen Tag die Gründung des Verbandes der Beamten der Deutschen Wehrverwaltung vorbereitet, aus dem 1960 – nach der Fusion mit dem Bund der Beamten der Deutschen Bundeswehr e.V. – der VBB hervorging.

Zu Zeiten von Adenauers Besuch hatten die neu gegründeten Streitkräfte der Bundesrepublik noch nicht einmal einen Namen. Den sollten sie erst vier Wochen später be-

kommen. Längst hat sich die Bundeswehr als wichtige Stütze unserer freiheitlichen Demokratie etabliert. Seit mehr als sechs Jahrzehnten leisten Soldaten und inzwischen auch Soldatinnen treue Dienste für unseren Staat, der in diesem Jahr seinen 70. Geburtstag und 30 Jahre deutsche Einheit feiert. Die Bundeswehr hat sich dem politischen und gesellschaftlichen Wandel entsprechend immer weiter entwickelt und sie hat für unser Land neue Aufgaben geschultert. Mit ihren Auslandseinsätzen übernimmt sie inzwischen auch international Verantwortung – eine Herausforderung, die angesichts des gewachsenen Gewichts Deutschlands in der Welt weiter zunehmen wird und bei der die Parlamentsarmee auf die Unterstützung durch den Deut-



© Laurence Chaperon

schon Bundestag vertrauen kann. Den Soldatinnen und Soldaten sehen sich die Abgeordneten in besonderer Weise verpflichtet.

Der VBB hat sich stets als konstruktive und zuverlässige Interessenvertretung der 25.000 Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehr erwiesen, indem er sich kritisch und fair für die Belange der Bundeswehr und ihrer Beschäftigten einsetzt. Auf dem Bundesvertretertag in Berlin wird Wolfram Kamm den Staffelstab als Bundesvorsitzender weitergeben – nach 13 Jahren an der Verbandsspitze. Ich danke ihm für dieses verdienstvolle Engagement und wünsche seinem Nachfolger und allen im VBB Aktiven alles Gute! Sie alle leisten mit Ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur wachsenden Bewahrung unserer Freiheit.

Dr. Wolfgang Schäuble



## Michael Müller, Regierender Bürgermeister Berlin

Ein herzliches Willkommen zum XVI. Bundesvertretertag des VBB. Ich freue mich sehr, dass das höchste Organ Ihres Verbandes hier in Berlin tagt.

Die Bundeswehr mit Streitkräften und Bundeswehrverwaltung ist eine tragende Säule unseres Landes. Ihr Einsatz für Frieden, für unsere freiheitliche Grundordnung und den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger verdient hohe Anerkennung und Respekt. Die Verantwortung der Politik liegt nicht nur darin, die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu sichern, sondern auch auf veränderte Rahmenbedingungen in der internationalen Außen-



© Lena Giovanazzi

und Sicherheitspolitik gute und nachhaltige Antworten zu finden.

Gleichzeitig ist die Bundeswehr mit einer Personalstärke von über 250.000 militärisch und zivil Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Dazu zählen auch die mehr als 25.000 Beamtinnen und Beamten, die sich jeden Tag in den Dienst des Staates stellen. Dafür danke ich Ihnen herzlich. Gut qualifiziertes und motiviertes Personal ist Voraussetzung für die Bewältigung der kommenden Aufgaben. Attraktive Rahmenbedingungen, zukunftsfähige Strukturen und eine moderne Personalpolitik sind darüber hinaus wichtige Bedingungen, um junge Menschen für eine Tätigkeit bei der Bundeswehr zu begeistern.

Auch hier müssen grundlegende Weichenstellungen vorgenommen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Bundeswehr am Arbeitsmarkt zu stärken.

Diesen und anderen Fragen werden Sie sich auf Ihrem Bundesvertretertag widmen.

Ich wünsche Ihnen gute Diskussionen, anregende Gespräche und wegweisende Beschlüsse. Genießen Sie die Tage in Ihrer Hauptstadt.

Michael Müller

## Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung

Liebe Mitglieder des VBB,

eine starke Verwaltung mit engagierten Beamtinnen und Beamten ist eine unverzichtbare Stütze unserer Bundeswehr. Sie alle tragen auf vielfältige Weise und an Standorten quer durch die Republik, im Ausland und in den Einsätzen dazu bei, dass unsere Bundeswehr ihren Auftrag erfüllen kann. Die vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit zwischen zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Soldatinnen und Soldaten ist das Fundament, auf das wir in der Bundeswehr bauen.

Dabei ist es wichtig, dass wir in Zeiten großer Herausforderungen – vom Fachkräftemangel bis hin zu einem

volatilen Sicherheitsumfeld – an einem Strang ziehen und Probleme gemeinsam angehen. Dazu trägt das große Engagement der Interessenvertretungen bei. Seit über 60 Jahren wirkt der VBB mit seiner Verbandsarbeit in die Bundeswehr hinein und ist ständiger Gesprächspartner meines Hauses und der Bundeswehr insgesamt.

Dieser Einsatz ist wertvoll, zum Beispiel um die Bundeswehr als attraktiven zivilen Arbeitgeber zu positionieren. Mit konsequenter Einstellungsförderung und dem Ausbau der Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten wollen wir hier auch weiterhin kraftvolle Signale setzen. Ich freue



© CDU

mich, dass der VBB bei diesem wichtigen Anliegen kraftvoll mitwirkt und den

Weg zu einer modernen Verwaltung mitgestaltet.

Auf dem Bundesvertretertag im November werden Sie wichtige Weichenstellungen in eigener Sache vornehmen: die Neuwahl von Bundesvorstand und Bundesleitung, die Weiterentwicklung der strategischen Leitlinien des Verbandes und Richtungsentscheidungen für die Verbandsarbeit der nächsten fünf Jahre. Ich wünsche Ihnen dabei alles Gute und für die weitere Verbandsarbeit viel Erfolg. Auf gute Zusammenarbeit!

Ihre

Annegret Kramp-Karrenbauer



## Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Mitglieder des VBB,

die Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehrverwaltung sind ein wichtiger Teil unserer Bundeswehr, denn sie unterstützen die Streitkräfte bei ihren Aufgaben. Sie riskieren ebenfalls freiwillig ihr Leben im Einsatz für Deutschland. Wir alle sind ihnen zu großem Dank verpflichtet, denn auch sie sorgen dafür, dass wir in Deutschland in Frieden und Sicherheit leben können. An Herausforderungen für die Bundeswehr mangelt es nicht. Zusätzlich zu den zahlreichen Auslandseinsätzen ist die zunehmende Bedeutung



© Tobias Koch

der Landes- und Bündnisverteidigung auch für Verwal-

tungen, Ämter und Kommandos eine fordernde Aufgabe.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Deshalb fühlt sich der Bundestag, deshalb fühlt sich die CDU/CSU-Fraktion ihr besonders verpflichtet. Viele von ihnen sehen ihren Dienst nicht nur als Beruf, sondern als Berufung an, wie ich bei meinen Besuchen an verschiedenen Standorten immer wieder erlebt habe. Sie üben ihre Tätigkeit mit Freude und Engagement aus. Wir wollen dieses Engagement unterstützen, indem wir die gesamte Bundeswehr bestmöglich ausstatten und ausrüsten. Der CDU/CSU-Fraktion ist das jeden Euro wert. Daher setzen wir uns ak-

tiv dafür ein, dass die Ausgaben für die Bundeswehr konsequent weiter erhöht werden.

Es ist gut, dass die Beamtinnen und Beamten mit dem VBB einen engagierten und streitbaren Fürsprecher haben, der die Politik immer wieder auf die Bedürfnisse der Bundeswehrverwaltung aufmerksam macht. Für Ihren Bundesdelegiertentag wünsche ich Ihnen spannende Diskussionen und viel Erfolg in der Zukunft!

Ralph Brinkhaus

## Alexander Dobrindt MdB, Vorsitzender der CSU im Bundestag

Liebe Delegierte des VBB-Bundesvertretertages, sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundeswehr ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und unseres Landes. Angesichts von neuen internationalen Konfliktherden und neuen Bedrohungen, insbesondere auch im Cyberraum, ist eines klar: Ein sicheres Deutschland braucht eine starke Bundeswehr.

Deshalb haben wir die Investitionswende eingeleitet und umgesetzt. Wir wollen das Zwei-Prozent-Ziel einhalten und haben die Mittel für die Verteidigung massiv erhöht. Nach Jahrzehnten des Abbaus wächst die Bundeswehr heute wieder – personell, materiell und finanziell. Gleichzeitig wissen wir, dass dieser Aufwuchs für alle Beteiligten auch eine



© Benjamin Zibner

Herausforderung ist, besonders für diejenigen, die in der Beschaffung oder dem Personalwesen tätig sind. Ein Investitionshochlauf lässt sich nur mit gut ausgebildeten, engagierten Fachkräften bewälti-

gen – und wir als CSU sind dankbar, dass wir diese Fachkräfte in der Bundeswehrverwaltung haben.

Der Erfolg der Bundeswehr ruht auf vielen Schultern, aber nicht jede dieser Schultern trägt eine Schulterklappe. Es sind auch die vielen Tausend zivilen Kolleginnen und Kollegen, die die Bundeswehr stützen und dafür sorgen, dass unsere Streitkräfte schlagkräftig und einsatzfähig sind. Sie tun das in den Ämtern hier in Deutschland, aber mittlerweile auch vielfach in herausfordernden Auslandseinsätzen überall auf der Welt. Sie dienen unserem Land auf ganz besondere Weise – dafür Ihnen allen ein herzliches Vergelt's Gott.

Mit dem VBB haben die Beamten der Bundeswehr ei-

nen starken Anwalt an Ihrer Seite. All den Engagierten und Ehrenamtlichen, die sich bei Ihnen für die Interessen Ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich danken. Ich wünsche Ihnen einen spannenden, konstruktiven Bundesvertretertag und für die anstehenden Entscheidungen eine glückliche Hand. Bleiben Sie ein engagierter Streiter für die Interessen der Bundeswehrbeschäftigten und ein kompetenter Ansprechpartner für die Politik.

Herzliche Grüße

Ihr

Alexander Dobrindt MdB



## Dr. Rolf Mützenich, Vorsitzender Fraktion der SPD

Das Jahr 2019 wird vieles verändern im VBB. Nach 26 Jahren gibt es einen Wechsel an der Spitze. Ihnen, lieber Herr *Kamm*, danke ich im Namen der SPD-Bundestagsfraktion für Ihre beharrliche, erfolgreiche Arbeit für den VBB und wünsche Ihnen alles Gute für Ihren neuen Lebensabschnitt.

Seit der letzten Bundesvertreterversammlung im November 2014 gab es zahlreiche Veränderungen, die große Auswirkungen auf die zivilen und militärischen Beschäftigten in der Bundeswehr hatten und noch haben werden. Die „Agenda Attraktivität“ wurde fortgeschrieben, zum Teil mit vielen Verbesserungen für das Personal. An ihrer Notwendigkeit gibt es wohl keinen ernst zu nehmenden Zweifel. Vieles wurde angestoßen mit dem Attraktivitätsgesetz, dem Personaleinsatzverstärkungsgesetz und dem Besoldungszulagengesetz. Nicht alles wurde vom VBB stürmisch begrüßt – Stichwort Arbeitszeit – aber der Zug geht in die richtige Richtung. Die Bundeswehr als Arbeitgeber braucht gutes, qualifiziertes und motiviertes Personal, dafür sind die Weichen gestellt. Zulagen, die die Attraktivität des Soldatenberufes steigern helfen, müssen allerdings auch für die zivilen Mitarbeiter gelten. Dafür werden wir uns starkmachen.

In seinem Grußwort zur XIII. Bundesvertreterversammlung hat unser damaliger Fraktions-

vorsitzender Dr. Peter *Struck* die herausragenden Leistungen der damals noch 25.000 Beamtinnen und Beamten des VBB besonders herausgestellt. Durch ihre hohe Leistungsbereitschaft, ihrer Flexibilität im Transformationsprozess und ihre Bereitschaft zur Mobilität hätten die Beamtinnen und Beamten wesentlich zum Gelingen des Transformationsprozesses beigetragen.

Diese Bereitschaft wird auch heute noch dringend gebraucht. Die aktuelle Bundeswehr ist die kleinste aller Zeiten. Ihr Aufgabenspektrum ist allerdings nach 2014 immens gestiegen. Diese Aufgaben zu bewältigen kann nur gelingen, wenn die zivilen Angehörigen der Streitkräfte mit an einem Strang ziehen. Dabei kommt es insbesondere auf die Beschäftigten im Beschaffungs- und Rüstungsbereich an. Deshalb ist es von großer Bedeutung, ob die Dienstposten gerade für das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) struktursicher sind. Aber auch Regelungen zur Nachbesetzung und Neueinstellung sind zu treffen, nicht nur im Bereich Beschaffungswesen, sondern vor allem bei der Instandsetzung und dem Bereich Digitalisierung.

Hier sind wir bereits mitten drin im aktuellen Geschehen: Der laufende Untersuchungsausschuss zu den Beratern im BMVg zeigt exemplarisch was



© SPD

passiert, wenn externe Dienstleister hoheitliche Aufgaben übernehmen. Die SPD hat sich deshalb schon zu Beginn dieser Legislaturperiode gegen weitere Privatisierungen ausgesprochen. Das betrifft in erster Linie das Bundesamt für Beschaffungen in Koblenz mit derzeit 5.474 besetzten Dienstposten und die Heeresinstandsetzungslogistik. Auch die SPD will die Strukturen des BAAINBw Koblenz reformieren – wir wollen allerdings diesen Umbau zusammen mit dem vorhandenen Personal vornehmen. Eine Lösung mit externen Beratern oder gar eine komplette Privatisierung („Agenturlösung“) lehnen wir ab. Solche Lösungen gingen in der Vergangenheit immer zulasten der Streitkräfte, ob es sich um den Betrieb von Betreuungseinrichtungen oder um Bekleidungs-gesellschaften handelte. Bei Rüstungsprojekten und bei der Be-

schaffung von Ersatzteilen können wir uns solche Experimente nicht leisten. Deshalb wollen wir mit der Reform das BAAINBw stärken, nicht schwächen. Nur mit motiviertem Personal werden wir die dringend benötigten schnelleren Verfahren erreichen. Dafür brauchen wir Sie. Der Umgestaltungsprozess kann nur gelingen, wenn von Anfang an die Berufs- und Interessenverbände der Bundeswehr in den Reformprozess eingebunden werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Arbeit von Beamten in der Bundeswehr nicht vergleichbar ist mit der Tätigkeit in einer öffentlichen Behörde. Umso wichtiger ist es, dass der VBB frühestmöglich in den Reformprozess einbezogen wird und die Interessen seiner Mitglieder einbringen kann.

Dafür gilt dem Vorstand des VBB und allen Mitgliedern unser Dank. Ich bin sicher, er wird auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die Interessen der Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehr mit Nachdruck und dem Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung für unsere Streitkräfte vertreten.

Dem XVI. Bundesvertretertag wünsche ich fruchtbare Beratungen und Erfolg.

Dr. Rolf Mützenich

## Dr. Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr *Kamm*, sehr geehrte Bundesvertreter,

Zunächst wünsche ich dem Vertretertag des VBB im Namen der Bundestagsfraktion der LINKEN einen erfolgreichen

Verlauf und inhaltlich ergiebige Beratungen.

Wir alle wissen: DIE LINKE und die Bundeswehr, das ist kein spannungsloses Verhältnis.

Dass DIE LINKE sich an Ihrer Seite, an der Seite des VBB, sieht, wenn es darum geht, die Rechte der Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr gegenüber dem Dienstherren zu verteidigen,

steht dazu nicht im Widerspruch.

Gerade das gehört zur Rolle einer sozialen Partei. In diesem Zusammenhang zunächst unser Respekt für das Engage-



© DIE LINKE

ment des VBB bei der sozialen Interessenvertretung der Beamtinnen und Beamten der Bundeswehrverwaltung.

Die Umstände machen eine solche nachdrückliche Interessenvertretung heute mehr denn je nötig. Es ist kein Geheimnis, dass DIE LINKE die „neue Neuausrichtung“ der Bundeswehr seit 2014 ablehnt, weil wir keine militärische Notwendigkeit für die damit verbundene Vergrößerung und Aufrüstung der Bundeswehr sehen. Die Zwänge dieses Prozesses haben in den vergangenen fünf Jahren immer mehr auch die Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehrverwaltung zu spüren bekommen.

Im Rüstungsbereich tritt die neue Verteidigungsministerin ein schweres Erbe an: Mit der Agenda Rüstung hat die ehemalige Bundesministerin die

Mc-Kinsey-Ideologie auch ins BMVg und die ihm nachgeordneten Ebenen importiert. Damit ist nicht nur ein finanzieller Schaden entstanden, sondern auch ein viel größerer politischer: Einem gesamten Berufszweig wurde seit 2014 vorexerziert, dass kapitalfinanzierte Beratung mehr gilt als die Expertise von Beamtinnen und Beamten. Und leider ist das noch immer nicht vorbei: Allein im ersten Halbjahr 2019 wurden wieder Leistungen für Unterstützungs- und Beratungsleistungen im Wert von 155 Mrd. Euro durch das BMVg „ausgelagert“, wie eine Anfrage unserer Fraktion ergab.

Gerade in einem solch sensiblen Feld wie der Verteidigung darf hoheitliches Handeln des Staates nicht weiter schamlos ausgehebelt und der kommerziellen Einflussnahme ausgeliefert werden.

Die LINKE wird das Wirken von Frau *Kramp-Karrenbauer* wesentlich daran messen, wie schnell sie diesen Missstand stoppt. Und eins ist klar: Wir LINKEN wenden uns in aller Form gegen jedes Planspiel, das Beschaffungsamt der Bundeswehr zu zerschlagen und sein Arbeitsgebiet im Wege einer Agentur oder anderer „privat-öffentlicher“ Konstrukte zu kommerzialisieren. Die Beschäftigten des BAINNBw verdienen es, dass sich die neue Spitze des BMVg ihnen gegenüber klar zur Zukunft des Amtes und des Standortes bekennt.

Und dazu gehört auch, endlich wirkliche Anstrengungen zu unternehmen, die fehlenden Dienstposten dort zu besetzen. Dies wird seit Jahren nicht angegangen, offenbar im Vertrauen auf die Fortsetzung externer Beratung und Unterstützung sogar aufgeschoben. Bei der Erhöhung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten, die wir ablehnen, betreibt das BMVg hingegen Mikromanagement.

Gleichfalls sind und bleiben die Bundeswehr-Feuerwehren seit ihrem letzten Vertretertag weiterhin eine große Baustelle. Auch hier baden die Beamten die falsche politische Schwerpunktsetzung des Ministeriums noch immer mit teils exzessiven Überstunden aus. Die Schaffung neuer Dienstposten ist das eine, diese müssen aber auch gefüllt werden.

Auch dem Umstand, dass im Beamtenrecht der Bundeswehr nach 29 Jahren deutscher Einheit immer noch Ost-West-Unterschiede existieren, zum Beispiel bei den Ruhestandsregelungen, sollte sich der Verband weiterhin widmen. Gerade beim Kampf gegen diese Unterschiede steht meine Partei an Ihrer Seite, dessen kann ich Sie versichern.

Vor dem Hintergrund der prekären Besetzungssituation bei zivilen Dienstposten darf aber das Prinzip der Trennung von zivilen und militärischen Dienstposten nicht dem Druck

aus dem Verteidigungsministerium geopfert werden. Wir lehnen eine auch teilweise Übernahme von Beamtenfunktionen und -dienstposten durch Soldaten ab: dies ist zudem verfassungsrechtlich bedenklich. Der VBB legt, aus unserer Sicht mit vollem Recht, eine große Betonung auf die Eigenständigkeit der zivilen Verwaltung lt. Art. 87b GG – nur so können militärische und zivile Ebenen in der Bundeswehr in Balance gehalten werden.

Wenn wir als LINKE einen Wunsch äußern wollten, dann wäre es der, dass die Interessenvertretungen der Bundeswehrosoldaten und -beschäftigten dazu beitragen sollten, dass rechtsextreme und rechtsradikale Auffassungen in der Bundeswehr keinen Platz greifen.

Allein diese Problempunkte bezeugen die Notwendigkeit Ihrer Arbeit. Auch wir von der LINKEN sehen: Die entschlossene Vertretung der Interessen der Bundeswehrbeschäftigten gegenüber dem Dienstherren ist heute mehr denn je von Wichtigkeit.

Wir wünschen Ihnen – im Bewusstsein dieser Übereinstimmungen – einen produktiven Verlauf Ihrer Beratungen und für die Zukunft viel Erfolg.

Freundliche Grüße

Dr. Dietmar Bartsch

## Andrea Lindholz, Vorsitzende des Innenausschusses

Sehr geehrte Delegierte und Gäste des Bundesvertretertages,

wir leben in Zeiten des Umbruchs. Das geopolitische Erstarken Russlands, komplexe Krisenherde im Nahen Osten und in Afrika, der Aufstieg Chinas und die neue Unberechen-

barkeit in der US-Außenpolitik bringen alte Gewissheiten ins Wanken. Selbst der amerikanische Schutzschild über Europa wirkt heute weniger zuverlässig als noch zur Jahrtausendwende. Schließlich stellen der Brexit und nationalistische Parteien in Europa den Zusammenhalt der EU-Staaten in

Frage. Dabei ist dieser enge Zusammenhalt zwischen den europäischen Staaten ihre beste Versicherung gegen die Unwägbarkeiten der globalisierten Moderne.

Ein vereintes Europa kann die großen Aufgaben unserer Zeit viel wirksamer gestalten als



© Ausschuss für Inneres und Heimat





ein Staat alleine. Gemeinsam können wir Europäer die Außengrenzen der EU besser schützen, den grenzfreien Binnenmarkt als Eckpfeiler unseres Wohlstandes dauerhaft sichern und den Migrationsdruck auf Europa in geordnete Bahnen lenken. Gemeinsam können wir Europäer die rasant voranschreitende Digitalisierung effektiver in unserem Sinne gestalten und davon profitieren. Gemeinsam können wir Europäer auf die immer dringlicheren Fragen des Klimaschutzes sehr viel wirksamere Antworten entwickeln. Voraussetzung ist, dass wir Europa zusammenhalten, uns auf die wesentlichen Themen konzentrieren und in unserem Willen zur verbindlichen Kooperation und in unserer Kompromissbereitschaft nicht nachlassen. Letztendlich muss die Europäische Union diese Umbrüche als Antrieb nutzen, um ein Stück erwachsener und eigenständiger zu werden.

Dafür braucht die EU ein starkes Deutschland, das als eine von mehreren Führungsnationen Verantwortung übernimmt und mit gutem Beispiel vorangeht. Das zeigt sich insbesondere am Beispiel der Bundeswehr. Eine leistungsfähige Bundeswehr ist nicht nur ein Garant für ein sicheres Deutschland, sondern auch Voraussetzung für eine eigenständige und glaubwürdige europäische Verteidigungsunion in Ergänzung zur NATO. Sie ist auch eine Rückversicherung für unsere Partner und Freunde vor allem in Osteuropa. Ein starkes Europa braucht eine leistungsfähige Bundeswehr.

Auch die Bundeswehr befindet sich aktuell in einem Umbruch. Die jahrzehntelangen Kürzungen des Wehretats nach Ende des Kalten Krieges gingen an ihre Substanz. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurde zudem eine tief greifende Strukturreform angestoßen. Die Bundeswehr muss sich

heute im Wettbewerb um die „besten Köpfe“ und die „geschicktesten Hände“ auf dem freien Arbeitsmarkt behaupten. Hinzu kommen wachsende bündnispolitische Verpflichtungen, resultierend aus dem unsicheren internationalen Umfeld. Um diese vielfältigen Aufgaben zu bewältigen, haben Bundesregierung und Bundestag eine Trendwende bei Personal und Material eingeleitet und begonnen, bei der Bundeswehr Schritt für Schritt die Lücken aus 25 Jahren Rückbau zu schließen. Seit einigen Jahren wächst der Wehretat wieder. Das ist wichtig, denn Deutschland muss als zuverlässiger Partner seine zugesagten Ziele innerhalb der NATO einhalten und die europäische Verteidigungsunion aktiv und glaubwürdig vorantreiben.

Angesichts dieser zahlreichen Herausforderungen ist der Zusammenhalt unter den Angehörigen der Bundeswehr ebenfalls eine wichtige Voraus-

setzung, um die anstehenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen. Eine gute Interessensvertretung ist in unserer Demokratie unverzichtbar, um die Anliegen der Mitarbeiter zu bündeln, zu kommunizieren und die politischen Entscheidungsträger gezielt mit Fachwissen und Sachverstand zu unterstützen. Das gilt für die aktuell laufenden Beratungen zum Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz (BesStMG), das unter anderem den Dienst in der Bundeswehr attraktiver und zukunftsfähiger machen soll. Auch die zahlreichen großen und kleinen Reformen innerhalb der Bundeswehr können nur gemeinsam nachhaltig gestaltet werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen guten Zusammenhalt, konstruktive Beratungen und einen erfolgreichen Bundesvertretertag.

Andrea Lindholz

## Peter Boehring, Vorsitzender des Haushaltsausschusses

Liebe Delegierte des XVI. VBB-Bundesvertretertages,

auch nach 63 Jahren sind die Aufgaben des VBB zentral für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr: In den Sitzungen des Haushaltsausschusses des Bundestages wird darum regelmäßig nicht nur über die eigentlichen Beschaffungsvorhaben, sondern auch über die dahinterstehenden Verwaltungsstrukturen innerhalb der Bundeswehr debattiert.

Dabei ist natürlich die Verwaltung kein Selbstzweck, sondern hat den stetig wechselnden Bedürfnissen der Truppe Rechnung zu tragen. Um dies sicherzustellen, muss die Wehrverwaltung sich permanent an wandelnde Gegebenheiten und Umstände anpassen können. Der Digitalisierung kommt dabei



© Haushaltsausschuss

heutzutage eine besondere Bedeutung zu.

Selbst der Wehrbeauftragte der Bundeswehr, Dr. Hans-Peter Bartels spricht in seinem Jahresbericht 2019 vom „Bürokratiemonster Bundeswehr“.

Dies hat insbesondere bei der von Gesetzen und Verordnungen bestimmten Bundeswehrverwaltung Relevanz. Umorganisationen können kein Tabu sein – ohne dass jedoch die bewährten und zeitlosen Teile der Wehrverwaltung dabei gefährdet werden dürfen.

Auch die Parlamente sind gefordert, vor allem das EU-Vergaberecht so zu modifizieren, dass eine zeitnahe und effiziente Beschaffung von Rüstungsgütern organisatorisch möglich ist. Neue Ausschreibungsmodalitäten und selbst Rechtsformänderungen bei den Beschaffungsbehörden könnten mittelfristig erforderlich werden, um dringend benötigtes qualifiziertes Personal zu gewinnen.

Die wichtigsten Initiativen und Entscheidungen müssen

allerdings von der Exekutive kommen – also vom Verteidigungsministerium. Die Führung der Bundeswehr hat in diesen Wochen einen Wechsel erfahren. Ich wünsche allen alten und neuen Beteiligten – im Verteidigungsministerium, in der Truppe, im VBB sowie im Deutschen Bundestag – eine weise Hand sowie gute Zusammenarbeit bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Mein Dank gilt den Verantwortlichen, Delegierten und Mitarbeitern des VBB für Ihr Engagement zum Wohle der Bundeswehr und damit zum Wohle Deutschlands.

Ihr

Peter Boehring

## Wolfgang Hellmich, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses

Zum Bundesvertretertag des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e. V. möchte ich allen Mitgliedern die herzlichsten Grüße des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages übermitteln.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr vertritt als Berufsvertretung die Interessen von den in der Bundeswehr tätigen Beamtinnen und Beamten sowie der Pensionäre und Hinterbliebenen. Im aktuellen Reformprozess nimmt der Verband eine wichtige Mittlerrolle zwischen den Angehörigen der Bundeswehr und der politischen Führung, aber auch in die Gesellschaft hinein, wahr und unterstützt die Streitkräfte auf ihrem schwierigen Reformprozess. Auch hier ist der Verband in einer Funktion als Mahner und Vermittler unverzichtbar, indem er gegenüber der politischen und militärischen Führung, aber auch gegenüber dem Parlament, unermüdlich darauf hinweist, dass die Belange der zivilen wie auch der militärischen Angehörigen der Streitkräfte angemessen berücksichtigt werden.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr ist heute ein anerkannter Vertreter der Interessen der Beamtinnen und Beamten, sein Urteil hat in der Bundeswehr, aber auch in unserer Gesellschaft Gewicht. Dabei ist es den Repräsentanten des Verbandes bisher gelungen, die Balance zwischen der Zurückhaltung in dienstlichen Angelegenheiten und der Vertretung der berechtigten Anliegen seiner Mitglieder zu wahren. Der Verband hat sich durch seine vielfältigen Aktivitäten für die berechnete Vertretung der Interessen seiner Mitglieder, durch sein Engagement für die Gestaltung der notwendigen Umstrukturierung der Bundeswehrverwaltung, aber auch durch die Thematisierung sicherheitspolitischer Fragestellungen in der Öffentlichkeit um die Bundeswehr verdient gemacht. Dafür gebührt dem Verband der Beamten der Bundeswehr unser Dank und unsere Anerkennung, die ich hiermit gerne ausspreche. Auch und gerade für uns Abgeordnete ist der Verband ein wichtiger Ansprechpartner.

Vor wenigen Wochen habe ich das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr besucht und mir insbesondere auch die Personallage bei den Beamten vortragen lassen. Erfreut habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Trendwende Personal auch bei den Beamten zu greifen beginnt und seit 2016 ein Zuwachs von circa 2.300 Beamtinnen und Beamten zu verzeichnen ist. Unser Attraktivitätsprogramm, unter anderem auch mit dem Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz, leistet hier einen wichtigen Beitrag. Die Zahl der Beamten wird sich bis 2025 auf circa 30.000 erhöhen. Bei einer insgesamt guten Bewerberlage kann der Personalbedarf gut gedeckt werden. Eine Ausnahme bildet hierbei der gehobene technische Dienst, bei welchem sich die Bewerberlage leider nicht ganz so positiv darstellt. Dieses Problem muss zeitig und zielgerichtet angegangen werden.

Ich wünsche dem Verband der Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr, dass er sich auch



© Verteidigungsausschuss

in Zukunft weiter als Motor für die berufspolitischen, rechtlichen und sozialen Belange seiner Mitglieder erfolgreich einbringen kann und weiter bereit ist, die notwendigen Anpassungsmaßnahmen der Bundeswehr positiv mitzugestalten.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Bundesvertretertag, gute Beschlüsse und weiterhin eine erfolgreiche Arbeit für unsere Streitkräfte.

Wolfgang Hellmich

## Annalena Baerbock, Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Beamtinnen und Beamte der Bundeswehr schauen Sie mit besonderem Blick auf die Welt und den dramatischen Wandel ihrer Ordnung. Erratische, nationalistische Twitter-Politik jenseits des Atlantiks, die russische Desinformations- und Destabilisierungspolitik und Chinas aggressive Machtpolitik – Sie wissen, welche Herausforderungen das an Deutschland und Europa stellt. Auch

das Ende des INF-Vertrags und des Atomabkommens mit dem Iran haben die Welt ein Stück unsicherer gemacht. Die EU muss sich in dieser schwierigen Gemengelage beweisen, sie könnte zu einer globalen Friedensakteurin werden, die ihre Sicherheit zunehmend selbst in die Hand nimmt und stärkt.

Verbündete und Partner Deutschlands verlassen sich in dieser Situation in besonderer Weise auf uns und das zu Recht. Und die Bundeswehr, und da-



© Urban Zintel

mit auch die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr, spielen dabei eine wesentliche Rolle. Um der Herausforderung gerecht zu werden, braucht es eine voll funktionsfähige, modern ausgestattete Bundeswehr und Menschen, die sich für Demokratie, Frieden und Sicherheit einsetzen, bei den Streitkräften, in den Organisationsbereichen und in der Verwaltung.

Besonders die Berichte über rechtsextreme Netzwerke in

der Truppe beunruhigen mich. Rechtsextremismus und Rassismus haben in der Armee dieses Landes, das für zwei verheerende Weltkriege und die systematische Vernichtung von Millionen von Menschen verantwortlich ist, keinen Platz. Hier erwarte ich eine schonungslose Aufklärung seitens der Bundeswehr und entsprechende harte Konsequenzen. Das zeigt aber auch, dass wir noch mehr in die politische demokratische Bildung in unserem Land investieren müssen, in allen Bereichen der Gesellschaft. Nur so können wir unser Prinzip des Staatsbürgers in Uniform aufrechterhalten.

Und wir brauchen eine öffentliche Debatte darüber, mit welchen sicherheitspolitischen Herausforderungen Deutschland konfrontiert ist und welchen Auftrag die Bundeswehr hierbei erfüllen soll. Daran und nicht an einer willkürlichen Prozentzahl der Wirtschaftskraft muss doch die Ausstattung bemessen werden. Dafür setzen sich die grünen Kolleginnen und Kollegen im Bundestag zu Recht seit Langem ein.

Der Verwaltung kommt hierbei eine wichtige Rolle zu. Sie leistet einen unverzichtbaren Dienst für das Funktionieren der Streitkräfte. So

wie sich die Streitkräfte auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit einstellen und modernisieren müssen, so muss das auch die Verwaltung tun. Und hier kommt Ihnen, dem VBB, eine entscheidende Rolle zu. Von Ihrem Bundesvertretertag könnten wichtige Impulse für die Modernisierung und Umstrukturierung der Verwaltung ausgehen. Ich wünsche mir, dass Ihre neue Dienstherrin die anstehenden Aufgaben beherzt anpackt und zwar mit Ihnen gemeinsam. Denn ein solches Unterfangen gelingt nur mit der Einbeziehung der Menschen, die in der Verwaltung tätig sind, mit deren

Erfahrungspotenzial und Kenntnis. Damit einhergehen muss aus meiner Sicht auch, das Beamtenrecht attraktiver zu machen, um verstärkt Talente zu gewinnen. Nur mit motivierten Beamtinnen und Beamten kann die Bundeswehr zukunftsfähig aufgestellt werden.

Ich wünsche Ihnen einen interessanten Bundesvertretertag mit vielen anregenden Debatten.

Mit herzlichen Grüßen

Annalena Baerbock

## Katja Kipping, Bernd Riexinger, Parteivorsitzende DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender,

sehr geehrte Mitglieder des Verbandes der Beamten der Bundeswehr,

wir möchten Ihnen zu Ihrem Bundesvertretertag unsere herzlichen Grüße senden. Als Partei DIE LINKE sind wir der Auffassung, dass die Bundeswehr ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen hat und wir auch deshalb im Bundestag alle Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnen. Ungeachtet dieser Position sind wir natürlich der Meinung, dass all jene, die in der Bundeswehr in einem Beamtenverhältnis stehen, auch eine wichtige Vertretung ihrer Arbeitnehmerinteressen brauchen. Das betrifft nicht nur eine angemessene Besoldung, sondern beispielsweise auch Fragen der Weiterbildung und Förderung.

Der Bundesvertretertag findet auch innenpolitisch in bewegten Zeiten statt. Uns besorgen beispielweise zutiefst die zuletzt immer wieder aufgetretenen Nachrichten über rechtsextreme und mithin verfassungsfeindliche Netzwerke in die offenbar auch Soldaten der Bundeswehr involviert sind. Wir sind uns sicher, dass diese Meldungen auch sie als Verband der Beamten im höchsten Maße beunruhigen. Natürlich lehnen wir jede Debatte ab, die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in irgendeiner Weise pauschal unter einen Generalverdacht stellt. Aber wir glauben auch, dass eine beherzte und offene Diskussion um diese Fälle des Rechtsextremismus auch in der Bundeswehr zu führen ist. Wir haben unterschiedliche Vorstellungen über die Einsatzorte unserer Bundeswehr, aber wir sollten alle gemeinsam für ihre demokratischen Werte eintreten und wachsam sein



© Katja Kipping

gegenüber etwaigen rechtsextremen Tendenzen oder Netzwerken. Unsere Gesellschaft braucht eine Armee, die das Vertrauen aller Bürgerinnen und Bürger genießt.

Wir wünschen Ihrem Bundesvertretertag in Berlin anregende Diskussionen und verbleiben, mit freundlichen Grüßen,



© Bernd Riexinger

Katja Kipping

Bernd Riexinger



## Dr. Tobias Lindner, Vorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Die sicherheitspolitischen Debatten werden leider viel zu häufig von Klarstandsmeldungen oder Pannen bei der Ausrüstung und Beschaffung bestimmt. Damit wird jedoch nur über die Symptome, anstatt über die tiefer greifenden Probleme debattiert.

Verzögerungen und Kostensteigerungen sind allzu oft die Auswirkung von jahrelangem Personalmangel. Im Beschaffungsbereich sind seit Jahrtausenden Stellen unbesetzt. Bei der derzeitigen Arbeitsmarktsituation ist es ohne Zweifel schwer, Personal zu gewinnen. Gleichzeitig wurde das Personalproblem auch nie ernsthaft angegangen. Mit der Projektmanagementunterstützung wird stattdessen viel Geld für externe Unterstützung ausgegeben, um kurzfristig die Symptome dieser Entwicklung zu bekämpfen. Es fehlt eine wirkliche Strategie, eine überzeugende Erzählung, wie die Personallücken in der Wehrverwaltung geschlossen werden können. Betrachtet man von außen die Personalwerbung der Bundeswehr, so liegt der Schwerpunkt – durchaus nachvollziehbar – auf den Streitkräften. Das Verhältnis stimmt jedoch nicht. Die Wehrverwaltung muss eigenständig wahrnehmbar sein. Sie ist kein „bloßes Anhängsel“ der Streitkräfte, sondern erfüllt für diese eigenständig



© DBT / von Saldern

einen Auftrag. Gutes Personal wird man nur dann gewinnen können, wenn eine Karriere in der Wehrverwaltung mit ihren vielen Facetten und Chancen eigenständiger als bisher dargestellt wird. Das ist zwingende Voraussetzung, um das Zivilpersonal zu gewinnen, das dringend gebraucht wird, damit die Bundeswehr die Herausforderungen der Zukunft eigenständig bewältigen können wird.

Wohin der ausufernde Einsatz externer Beratung führen kann, wird derzeit in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufgeklärt. Hoheitliche Aufgaben gehören in staatliche Hand. Es liegt nun an Annegret Kramp-Karrenbauer, endlich umzusteuern und den massiven Einsatz von externen Beratern im Verteidigungsressort deutlich einzu-

dämmen. Bei der weiteren parlamentarischen Aufklärung möchte ich die Missstände und Verantwortlichkeiten klar herausarbeiten. Bei künftigen Vergabeverfahren sowie dem Einsatz von Beratung und Unterstützung im öffentlichen Bereich müssen solche Verstöße gegen Recht und Gesetz künftig ausgeschlossen sein.

Personal ist das eine, die Prozesse das andere. Die Bundeswehr ächzt im militärischen wie im zivilen unter vielen Vorschriften und Vorgaben, die es zu beachten gilt. Teilweise werden diese direkt aus dem Zivilen übernommen, scheinbar völlig ohne dass hinterfragt wird, ob dies überhaupt Sinn macht. Vorgaben für den Arbeitsschutz und deren konsequente Einhaltung sind zweifelsfrei wichtig. Gleiches gilt für Hygienevorschriften, für den Brandschutz, für Verkehrszulassungen und, und, und. In vielen Fällen wirkt es jedoch so, als ob Vorschriften stoisch des Umsetzenswegens angewandt werden und niemand darauf achtet, was das vor dem Hintergrund operativer Forderungen eigentlich bedeutet. Hier wünsche ich mir etwas mehr Pragmatismus, mehr Mut zur Entscheidung. Das ist jedoch nur möglich, wenn es von oben so eingefordert wird und die politische Führung der Bundeswehr eine klare Linie vorgibt.

Nur wenn alle wieder Handlungsspielraum bekommen, wenn Prozesse entschlackt und Entscheidungskompetenz wieder vor Ort ist, wird die Bundeswehr ihre ambitionierten Pläne und eine zwingend notwendige Modernisierung umsetzen können. Dies bildet auch eine zwingende Voraussetzung dafür, dass das vorhandene Geld endlich sinnvoll eingesetzt werden kann.

Ich bin davon überzeugt, dass Sie alle dafür arbeiten, unsere Soldatinnen und Soldaten bestmöglich zu unterstützen. Ich bin daher zuversichtlich, dass meine Gedanken bei Ihnen auf fruchtbaren Boden fallen und dass Sie in Ihren Reihen darüber hinaus viele Ideen und Vorschläge haben, wie wir die vielen Probleme hinter uns lassen und das volle Potenzial der Wehrverwaltung heben können. Es gilt die Attraktivität der Bundeswehr als zivile Arbeitgeberin weiter zu erhöhen, um Personal zu gewinnen, aber natürlich auch um es zu halten und zu motivieren.

Ich wünsche Ihnen konstruktive und fruchtbare Diskussionen und bin auf die Ergebnisse Ihres kommenden Bundesvertretertages sehr gespannt.

Dr. Tobias Lindner

## Malu Dreyer, stellvertretende Vorsitzende der SPD

Liebe Mitglieder des Verbandes der Beamten der Bundeswehr, zur Bewältigung der Fülle an Aufgaben tragen die zivilen Angehörigen der Bundeswehr in erheblichem Maße bei. Ohne Sie ist die Aufgabenerfüllung der Streitkräfte nicht denkbar. Daher ist es umso wichtiger, dass Sie als Beam-

tinnen und Beamten der Bundeswehr in alle unsere Bundeswehr betreffenden Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Mit Ihrem Verband der Beamten der Bundeswehr verschaffen Sie sich mit konstruktiven Beiträgen seit Jahrzehnten Gehör. Für diesen unermüdlichen Einsatz danke ich Ihnen.

Die Bundeswehr verfügt über hochgradig qualifiziertes und motiviertes Personal. Gegenwärtig leider nicht in ausreichendem Maße. Mit dem momentan in der parlamentarischen Befassung befindlichen Gesetz zur Modernisierung der Besoldungsstrukturen wollen wir die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber weiter stär-

ken. Hier gilt es, neben einer Konzentration auf Nachwuchskräfte, auch die Interessen des bereits in der Bundeswehr Dienst leistenden Personals im Blick zu behalten. Dazu zählen bestmögliche Arbeitsbedingungen auch für die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr. Auch dafür haben wir im Koalitionsvertrag den Verteidi-

gungsetat erhöht. Die Bundeswehr muss auch in den kommenden Jahren ein moderner, wettbewerbsfähiger, demografiefester und attraktiver Arbeitgeber sein. Dafür machen wir uns zusammen mit dem Verband der Beamten der Bundeswehr stark.

Der Aufbau und der Erhalt eigener Expertisen sind die gegenwärtig zentralen Herausforderungen der Bundeswehr. Wir haben gesehen, wohin es führen kann, wenn der Einsatz externer Dienstleister überhandnimmt. Eine weitere Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben sehen wir daher sehr skeptisch. Auch sogenannte



„Agenturlösungen“ haben der Bundeswehr in der Vergangen-

heit immer wieder geschadet. Gerade in sensiblen Bereichen wie bei Rüstungsprojekten darf es keine Experimente geben.

Vorschläge für die Optimierung des Beschaffungsprozesses haben wir im Rahmen eines dafür eingerichteten Expertenrates geliefert. Nun gilt es, diese Vorschläge auch in die Realität umzusetzen. Wichtig ist dabei, Anpassungen gemeinsam mit dem vor Ort eingesetzten Personal vorzunehmen, denn sie bringen die notwendige Erfahrung mit.

Mehr als 250 Delegierte Ihres Verbandes werden im November auf dem XVI. Bundesver-

tretertag über diese und andere wichtige Zukunftsfragen diskutieren. Ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine spannende Debatte und den dort neu gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten des Verbandes viel Erfolg bei ihrer Arbeit. Die SPD wird dem VBB und allen Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr als Ansprechpartnerin und Unterstützerin auch in Zukunft zur Seite stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Malu Dreyer

## Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP

Der VBB ist immer ein meinungsstarker Vertreter für die Bundeswehrverwaltung.

Seit über 60 Jahren vertritt der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) nun bereits die Interessen seiner Mitglieder und die der Bundeswehrverwaltung. Dass der VBB dabei auf der Höhe der Zeit bleibt, hat er nun bewiesen: Er twittert seit Kurzem!

Als Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag danke ich dem VBB für seine kritische und konstruktive Begleitung der parlamentarischen Arbeit. Ob es die Privatisierungspläne für die Heeresinstandsetzungslogistik waren, die Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr oder zuletzt das Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz: Der VBB ist immer ein meinungsstarker Vertreter der Angehörigen der Bundeswehrverwaltung!

Bei den laufenden Reformen der Bundeswehr stehen häufig die Soldatinnen und Soldaten im Blickpunkt. Aber nur mit der Bundeswehrverwaltung zu-



sammen ergeben sie die Bundeswehr. Ziel aller geplanten Umbaumaßnahmen muss es sein, unsere Streitkräfte einsatzbereiter und europatauglicher zu machen. Eingeleitete Maßnahmen wie die Trendwenden bei Material, Finanzen und Personal haben auch Auswirkungen auf die Verwaltung. Umso mehr bedarf es hier einer starken Begleitung durch den VBB. Dabei dürfen aber nicht die vermeintlich kleinen Dinge des Dienstes aus den Augen verloren gehen: Telearbeit und mobiles Arbeiten,

Neubewertung von Dienstposten, Verbesserung von Planstellensituationen, Umzugskosten und Trennungsgeld, bessere Durchlässigkeit bei den Laufbahnen. Jeder weiß um die Dinge, die oft für die Beschäftigten besonders bedeutend sind. Auch hier ist auf das Engagement des VBB stets Verlass.

Was den VBB und die Fraktion der Freien Demokraten grundsätzlich eint, ist das Ziel eines modernen und zukunftsfesten öffentlichen Dienstes. Der öffentliche Dienst des Bundes steht dabei vor zwei großen Herausforderungen: Der Pensionierungswelle sowie der Digitalisierung. Beide haben enorme Auswirkungen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird es entscheidend sein, ein modernes Dienstrecht einzuführen, was sich den vielfältigen Lebensplanungen der Menschen anpasst. Flexible Arbeitsmethoden, durchlässigere Laufbahnen und die Belohnung von Eigeninitiative und Engagement können den öffentlichen Dienst dann auch zukünftig zu einem attraktiven Arbeitgeber machen.

Mit Blick auf den Bedarf an IT-Fachkräften und vor dem Hintergrund konstanter Fort- und Weiterbildungserfordernisse muss der Bund auch hier das Dienstrecht reformieren: Einstieg und Aufstieg müssen in attraktiveren Laufbahn- und Besoldungsstrukturen ermöglicht werden. Um auch zukünftig für IT-Fachkräfte attraktiv zu sein, wird eine eigene Laufbahn für diese Berufsgruppe nötig sein, die an die besonderen Anforderungen an die Beamten, aber auch deren Ansprüche an den Dienstherrn angepasst ist.

Es ist somit leicht festzustellen, dass der VBB auch künftig noch gebraucht wird. Ich freue mich daher auf eine weiterhin gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Fraktion der Freien Demokraten und dem VBB und wünsche einen erfolgreichen XVI. Bundesvertretertag in Berlin!

Christian Lindner

## Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Im Jahr 2019 erinnert Berlin mit zahlreichen Veranstaltungen an eine Reihe von wichtigen historischen Ereignissen im 20. Jahrhundert. Vor 100 Jahren, im Januar 1919, wurden die ersten allgemeinen, freien und geheimen Wahlen zu einer Volksvertretung für Deutschland durchgeführt. Vor 80 Jahren, am 1. September 1939, begann mit dem Überfall Deutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg, der Millionen von Toten forderte und an dessen Ende 1945 ein verwüstetes Europa stand. Vor 70 Jahren, am 12. Mai 1949, endete die Berliner Blockade, die an ihrem Beginn elf Monate zuvor zugleich auch den

Beginn des Kalten Krieges zwischen Ost und West markierte. Dieser über 40 Jahre währende Konflikt bestimmte die Politik der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion in Europa, der nirgendwo so spürbar war wie in Berlin.

Vor 30 Jahren, am 9. November 1989, fiel die Berliner Mauer, die 28 Jahre eine Millionenstadt teilte. Mit der Vollendung der Einheit Deutschlands und Berlins am 3. Oktober 1990 endete nicht nur die Konfrontation der politischen und militärischen Blöcke zwischen Ost und West, sondern zugleich auch die Vier-Mächte-Hoheit

der vier Alliierten in Berlin. Und mit dieser statusrechtlichen Veränderung begann auch die Arbeit der Bundeswehr und ihrer Verwaltung in unserer Stadt.

Deshalb freut es mich sehr, dass die Delegierten des XVI. Bundesvertretertages des Verbandes der Beamten der Bundeswehr im dbb gerade in diesem Jahr in der Bundeshauptstadt zu Ihrer Tagung zusammenkommen. Ich heiße Sie alle – zugleich auch im Namen des Abgeordnetenhauses von Berlin – sehr herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in Berlin.



© Abgeordneten-Haus

Für Ihre weitere Verbandsarbeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg und Ihrer Tagung einen guten Verlauf.

*R. Wieland*

Ralf Wieland

## Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion

Mit seinem Motto „#wir sind VBB – für das Zivilpersonal der Bundeswehr“ wird ohne Wenn und Aber klargestellt: Ohne eine gut aufgestellte Interessenvertretung geht es nicht! Eine schlagkräftige Gewerkschaft ist unerlässlich, um bestmögliche Ergebnisse für die Kolleginnen und Kollegen zu erreichen.

Der VBB ist am Puls der Zeit und bleibt am Ball, wenn es um die Durchsetzung Eurer berufspolitischen Forderungen geht. Das ist gut so. Das soll so bleiben. Das werden wir als dbb nach besten Kräften unterstützen.

Denn nur mit guten beruflichen Perspektiven werden die künftigen Herausforderungen gemeistert werden können.

Mit mehr als 250.000 Beschäftigte zählt die Bundeswehr zu



© dbb

den größten Arbeitgebern in Deutschland und bietet vielfältige Aufgaben und Karriere-möglichkeiten im militärischen und zivilen Bereich. Ohne eine gut ausgestattete Bundeswehrverwaltung geht es nicht! Und diese steht wie der gesamte öffentliche Dienst im

Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft um qualifizierten und geeigneten Nachwuchs. Die Entwicklungen – auch die bis vor Kurzem noch guten konjunkturellen Rahmendaten – der vergangenen Jahre haben jedoch gezeigt, wie schwierig es ist, junge Menschen für eine Karriere im öffentlichen Dienst zu interessieren und sie auch dauerhaft an den öffentlichen Dienst zu binden.

Vor Jahren getroffene strukturelle Entscheidungen müssen insbesondere durch veränderte Rahmenbedingungen überdacht und angepasst werden, zumal die sicherheitspolitischen Herausforderungen größer geworden sind. Dazu gehören auch die vielen internationalen Einsätze, die nicht nur den militärischen, sondern – oft übersehen – auch den zivilen Bereich betreffen. Es hat sich gezeigt, dass eine über

Jahre vorgenommene verfehlte Personalpolitik nicht nur die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes beeinträchtigt, sondern auch für erhebliche Verunsicherung bei den Beschäftigten gesorgt hat.

Zudem müssen wir als dbb insgesamt einen Vertrauensverlust in den Staat feststellen: nach der kürzlich vom dbb veröffentlichten Bürgerbefragung halten 61 Prozent der Befragten den Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben für überfordert. Die Gründe dafür sind naturgemäß sehr unterschiedlich, aber insgesamt ist dieser Befund besorgniserregend. Denn die Bürgerinnen und Bürger können gerade angesichts vieler und schneller Veränderungen durch die Globalisierung und Digitalisierung eine gut aufgestellte Verwaltung erwarten.



In den vergangenen Jahren ist auch dank des umfangreichen Engagements des VBB viel erreicht worden, um die Attraktivität der Arbeit in der zivilen Verwaltung der Bundeswehr zu steigern. Neben Aufgabenverdichtungen sind auch die Anforderungen in Laufbahnen komplexer geworden, was die Neubewertung von Stellen er-

fordert. Hier sind erste gute Ergebnisse erzielt worden und im Wettbewerb um die besten Köpfe wird dieser Weg weiter beschritten werden müssen.

Die Modernisierung, Umstrukturierung und auch Steigerung der Attraktivität der Bundeswehrverwaltung wird auch in den kommenden Jahren ein

herausfordernder Prozess bleiben. Dazu heißt es, am Puls der Zeit und im Gespräch bleiben: als starker VBB mit einer starken Dachorganisation dbb – dafür sind wir da!

In diesem Sinne wünsche ich dem Bundesvertretertag des VBB gute Beratungen und zukunftsweisende Beschlüsse

ganz Sinne des Mottos „#wir sind VBB – für das Zivilpersonal der Bundeswehr“ – Wir stehen an Eurer Seite!



Ulrich Silberbach

## Erster Aufschlag

Auf Einladung der Bundesministerin der Verteidigung, *Annegret Kramp-Karrenbauer*, fand ein erstes offizielles Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e. V. (VBB), *Wolfram Kamm*, in Berlin statt.

Auf Bitten der Bundesministerin stellte Wolfram Kamm den VBB vor, erläuterte die Einbindung in den dbb beamtenbund und tarifunion und die Stellung des ältesten Verbandes im Konzert der Interessenvertretungen in der Bundeswehr und seine Vertretung in den Personalratsgremien. Gefragt nach den besonderen Handlungsfeldern des Verbandes skizzierte der Bundesvorsitzende die historischen Wurzeln des VBB über die beiden Vorläuferverbände in den Aufbaujahren der Bundeswehr und das Eintreten für eine unabhängige zivile Bundeswehrverwaltung. Für deren verfassungsrechtliche Verankerung hatte sich seinerzeit Ernst *Wirmmer* als einer der beiden Vorsitzenden maßgeblich und letzten Endes gegen die Vorstellungen aus dem militärischen Bereich mit Erfolg eingesetzt. Der Verband der Beamten der Bundeswehr sei bis heute die einzige Interessenvertretung, die sich aus den positiven Erfahrungen der letzten Jahrzehnte nachhaltig für den Erhalt der sogenannten „Zwei-Säulen-Theorie“, Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung in der gemeinsamen Bundeswehr, einsetze.

Des Weiteren bedankte sich Wolfram Kamm für die Entscheidung der Bundesministerin, im Zuge der im Koalitionsvertrag vereinbarten Überprüfung der Beschaffungsorganisation, keine Rechtsformänderung für das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) anzuweisen. Alle Beteiligten in Koblenz seien sich der aus dieser positiven Entscheidung erwachsenden Möglichkeit bewusst, die möglichen ablauf- und aufbauorganisatorischen Folgen und Notwendigkeiten engagiert mitzubegleiten.

Mit Sorge sähe der VBB jedoch die Überlegungen des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg), beispielsweise neue Gestaltungsoptionen im Ministerium in Erwägung zu ziehen, um dem Generalinspekteur erweiterte Kompetenzen auf den Gebieten Ausbildung, Qualifizierung sowie der Personalstruktur im Besonderen auch bezogen auf das Zivilpersonal einzuräumen. Zusammen mit weiteren angedachten Kompetenzübertragungen auf dem Gebiet der Infrastruktur und Stationie-



© BMVg / Steve Eibe

rung sowie aus militärischen Organisationselementen würde bereits jetzt der Begriff der Einrichtung eines „Generalstabes“ für den Generalinspekteur die Runde machen. Neben der rechtlichen Problematik einer Zentralisierung der Bedarfsträger- und Bedarfsdeckerseite auf dem Gebiet der Infrastruktur und Stationierung in der Person des Generalinspektors würden gerade die angedachten Zuweisungen von Kompetenzen und Zuständigkeiten bei der zivilen Ausbildung, Qualifizierung sowie der Grundsatzangelegenheiten sowohl des zivilen Personalmanagements

wie auch des Zivilpersonals beim VBB größten verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr ziehe daher in Erwägung, die Notwendigkeit und verfassungsrechtliche Relevanz der ministeriellen Vorstellungen gutachterlich prüfen zu lassen.

Frau Kramp-Karrenbauer sagte ihrerseits eine eingehende Prüfung zu.

Wir werden Sie – wie Sie es von uns gewohnt sind – weiter auf dem Laufenden halten. ■